



## 33. Bauernverbandstag, 24. November 2021

### Grundsatzpositionierung

#### **Aus Respekt für die Landwirtschaft: Perspektiven für Unternehmen und ländlichen Raum**

#### **Globale Verantwortung für Versorgungssicherheit und Umweltschutz politisch gestalten!**

Am Ende eines Jahres mit Landtags- und Bundestagswahlen steht unsere Landwirtschaft in Sachsen-Anhalt und der gesamten Bundesrepublik vor entscheidenden wirtschaftlichen und politischen Herausforderungen. Einerseits ist es die komplexe Gemengelage aus volatilen Marktpreisen in Ein- und Verkauf mit teils nicht verfügbaren Betriebsmitteln und einbrechenden Erzeugerpreisen. Auf der anderen Seite: stetige gesetzliche Verschärfungen, Belastungen und maximale Bürokratieaufwendungen, vor allem von Bundes- und Europaebene kommend, permanent wachsende gesellschaftliche Anforderungen und medialer Dauerdruck durch Behörden und staatlich finanzierte Nichtregierungsorganisationen. Das sind nur die offensichtlich wahrnehmbaren Ursachen vieler Zukunftssorgen des Berufsstandes, vor allem der nachfolgenden Generationen. Um unsere heimische Landwirtschaft nachhaltig zu sichern und Betriebsstrukturen/Strukturbrüche nicht weiter zu riskieren, ist politisches Handeln aller verantwortungsvollen Akteure notwendig. In Anbetracht der Gesamtumstände erkennen wir an, dass durch den neuen Koalitionsvertrag für Sachsen-Anhalt gute politische Grundlagen gelegt wurden, um den Sektor nicht noch weiter durch landesseitige Maßnahmen zu belasten. In Voraussicht, dass Sachsen-Anhalt im kommenden Jahr Vorsitzland der Agrarministerkonferenz ist, kann von unserem Bundesland eine politische Signalwirkung ausgehen, um Entwicklungsperspektiven für den landwirtschaftlichen Sektor aufzuzeigen. Diese sind in nachfolgenden 6 Kernpunkten formuliert:

#### **1. Versorgungssicherheit aufrechterhalten – Eigenversorgung nicht riskieren**

Wir erkennen jüngst in diesen Wochen, dass Versorgungssicherheit in allen Branchen nicht mehr selbstverständlich erscheint und vor allem die Phase günstiger Preise bei Energie vorbei ist. Energetischer Input in Vorleistungsprodukte der landwirtschaftlichen Erzeugung wie Mineraldünger, Pflanzenschutzmittel, Kraftstoffe, aber auch Futtermittel ist jedoch absolut notwendig, um dauerhaft Erzeugungsketten regionaler Lebensmittel, angefangen beim Urproduzenten, aufrechtzuerhalten. Die Politik auf allen Ebenen muss umgehend dafür Sorge

tragen, dass Energieversorgungsketten nicht unterbrochen werden und potentiell irreparable Störungen bei landwirtschaftlichen Lieferketten entstehen.

Zur Versorgungssicherheit mit Nahrungsmitteln gehört ebenso, die teilweise dramatische Situation unserer tierhaltenden Betriebe umgehend anzuerkennen. Eine Haltungskennzeichnung kann hier unsere hohen Produktionsstandards dem Verbraucher verdeutlichen. Insbesondere die Schweinehaltung steht vor einem wirtschaftlichen Exitus, der nachhaltige wirtschaftliche Schäden auch im vor- und nachgelagerten Bereich anrichten kann. Hier ist sofort proaktives politisches Handeln nötig, um die Versorgung mit regionalen Produkten dauerhaft abzusichern und sich nicht in weitere Abhängigkeiten zu begeben. Die Haltung, dass Deutschland als weltweiter Gunststandort zu viele landwirtschaftliche Produkte exportiert, wird nicht geteilt und entspricht nicht der Realität. Geben wir hier unsere Betriebe ohne Not auf, werden dennoch durch Konsumenten weiter Nahrungsmittel nachgefragt, die aber nicht mehr von hier kommen. Das Prinzip der kurzen Wege, wenn sie umweltfreundlicher sind, ist unbedingt aufrechtzuerhalten.

## **2. Respekt entwickeln – Eigentum schützen**

In der auslaufenden Legislaturperiode der Großen Koalition auf Bundesebene wurden landwirtschaftliche Betriebe durch neue Aktionsprogramme, angepasste und neue Verordnungen und Gesetze oft überfordert. Dieses Übermaß an Regulatorik mit der Sorge um die Zukunft der eigenen Betriebe führte zu Recht zu erheblichen Protesten von Landwirten aus ganz Deutschland am Ende des Jahres 2019. Seitdem wurde versucht, in unterschiedlichsten politischen Formaten Lösungen bei landwirtschaftlichen Themen zu organisieren. Bisher fehlt jedoch die Anerkennung, dass die Wirtschaftsgrundlage für Landwirtschaft das Bewirtschaften eigener und gepachteter Flächen ist und dass diese unter allen Umständen werthaltig zu halten sind. Stattdessen ist der politische Zugriff auf landwirtschaftliches Eigentum stetig weitergegangen. Stichpunkte sind das Aktionsprogramm Insektenschutz, die kommende Ausgestaltung der GAP oder als Musterbeispiel die geplanten Auflagen für Moorstandorte aus Klimaschutzgründen. Diese Politik der stetigen und schrittweisen Entwertung von landwirtschaftlichem Eigentum wird vom Berufsstand nicht mitgetragen, da sie die wirtschaftliche Zukunft der Betriebe unterminiert. Statt Freiwilligkeit und Kooperation regiert viel zu stark das Misstrauen in die Fähigkeiten von Landwirten zur praktischen Lösung von Herausforderungen. Fortgeführt werden kann das durch die Ausgestaltung von Green Deal, Fit for 55 und der Grünen Taxonomie auf europäischer Ebene. Alle diese politischen Instrumente werden das Aussehen unserer heimischen Landwirtschaft im Bundesland und der Republik grundlegend verändern und vor allem die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe drastisch reduzieren. Für diese Folgen trägt einzig und allein die Politik der letzten Zeit die Verantwortung!

Landwirtschaft und ländlicher Raum bedingen sich in Sachsen-Anhalt fundamental. Die schwachen Wirtschaftsergebnisse der landwirtschaftlichen Betriebe in den letzten Jahren haben zu einer überspannten Finanzlage geführt, die auch Wirkung auf den vor- und nachgelagerten Bereich hat. Liquide Betriebe können besser in die Zukunft investieren, Herausforderungen annehmen und halten Krisenphasen entsprechend auch länger aus. Es ist alles zu unternehmen, damit sich die Unternehmen weiter wirtschaftlich konsolidieren können. Weitere Verschärfungen durch die Politik, die Betriebsergebnisse schwächen, in Folge zu Erklärungs- und Finanzierungsbedarf bei Hausbanken und in letzter Konsequenz zum Verkauf von Flächen oder des gesamten Unternehmens führen können, sind konsequent zu unterlassen. Um es unmissverständlich auszudrücken – das Maß der Belastungen ist längst erreicht und wird bei weiterem politischem Überdrehen nachhaltige negative Folgen für die gesamte Wirtschaftskette mit vor- und nachgelagertem Bereich im ländlichen Raum haben.

### **3. Entwicklungsperspektiven organisieren – Betriebsnachfolge sicherstellen**

Politische Entscheidungen in der heutigen Zeit haben Auswirkungen auf die Betriebsnachfolge. Schon seit geraumer Zeit überlegen sich potentielle Betriebsnachfolger, ob sie das Unternehmen übernehmen und weiterführen wollen. Die Stimmung in der gesamten Branche ist eher abwartend und wenig optimistisch. Entscheidenden Anteil an der Situation hat die Bundespolitik der letzten Jahre, die sogar Betriebsleitern von wirtschaftlich erfolgreichen Betrieben die Zukunft verleidet. Um den Generationswechsel nicht weiter zu gefährden, sind vor allem realistische Zielbilder einer künftigen Unternehmensnachfolgeneration zu entwickeln. Um neben den wirtschaftlichen Grundlagen auch eine soziale Perspektive für Betriebsleiter zu entwickeln, muss dies mindestens der erweiterte Familienbetrieb mit mehreren Fremd-Arbeitskräften sein. Die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben muss ermöglicht werden. Dazu gehört auch eine konsequente Entbürokratisierung. Denn schon lange sehen Betriebsleiter auf ihren Betrieben nichts als Arbeit und Bürotätigkeiten zur Rechtfertigung, was auch für selbständige Unternehmer eine dauerhaft unverantwortliche Situation darstellt. An der Stelle muss Bundespolitik ihr Bild des landwirtschaftlichen Betriebes nachjustieren und verstärkt in den Fokus nehmen, dass landwirtschaftliche Unternehmen als Arbeitgeber und Steuerzahler vor Ort fungieren wollen und müssen. Zusätzlich ist es Aufgabe einer kommenden Bundesregierung, das Wirken und den Auftrag staatlicher Einrichtungen zu überarbeiten. Aus Steuerzahlermitteln bezahlte Einrichtungen dürfen sich nicht als politisch-mediale Agendasetter und Bollwerke bei der Gesellschaftsumformung verstehen und die ökonomischen Folgen für Wirtschaftsbeteiligte rigoros ausblenden. Diese Entwicklungen spalten unsere Gesellschaft.

#### **4. Globale Verantwortung angehen – Zusammenhänge vermitteln**

Während in den letzten Jahren eine bisweilen elitäre Wohlstandsdiskussion über notwendigerweise steigende Lebensmittelpreise geführt wurde - selten aber vom nötigerweise höheren Wertschöpfungsanteil für die Landwirtschaft - haben wir aus dem Blickfeld verloren, dass auch in Deutschland Menschen mit defizitären Möglichkeiten einer umfänglichen Ernährung leben. Im Weltmaßstab nimmt die Zahl der Hungernden nicht ab, gleichzeitig wollen wir politisch untersetzt die Erzeugung von landwirtschaftlichen Produkten auf europäischen Gunststandorten weiter herunterfahren. Düngung, Züchtung und Pflanzenschutz sind in der politischen Wahrnehmung als fast obsolet anzusehen. Stilllegung und Produktionsrückgang getragen vom Argument des Klimaschutzes und der direktvermarktende Betrieb, der städtische Ballungsräume versorgt, bilden das Ideal der gesellschaftlichen Diskussion. Diese Sichtweisen teilen wir nicht. Es gibt gute Beispiele regional begrenzter Versorgung, diese gilt es zu unterstützen und nach Möglichkeit auszubauen. Regionalität bedeutet jedoch nicht, auf potentielle Getreideerträge, die zudem klimaeffizient produziert werden können, zu verzichten, zuzusehen wie in der Welt Menschen verhungern und am Ende zum Mitverursacher von Migrationsbewegungen zu werden. Unsere ethische Verantwortung ist, denen zu helfen, die sich nicht helfen können – dazu kann auch der Export von landwirtschaftlichen Produkten gehören.

#### **5. Verbraucherschutz fokussieren – Verantwortung des Lebensmitteleinzelhandels**

Die höchste Wertschöpfung mit den von uns produzierten Produkten findet im Lebensmitteleinzelhandel statt. Leider werden Lebensmittel heute so weit verändert, dass das ursprüngliche landwirtschaftliche Produkt bestenfalls als Trägerstoff oder Namensgeber herhält, Wertschöpfung erfolgt oftmals durch Beimischung von billigen Zusatzstoffen. Dies ist dem Verbraucher oft gar nicht bewusst. Es ist aus unserer Sicht zwingend notwendig, dass Produkte hinsichtlich Erzeugung, Inhaltsstoffen und Herkunft viel klarer etikettiert werden. Dies würde dem Verbraucher eine ehrliche Wahlmöglichkeit beim Einkauf hinsichtlich seiner eigenen Nachhaltigkeitsleistung geben und uns Landwirten einen tatsächlichen regionalen und nachhaltigen Markt eröffnen.

Es muss sich stärker mit der Fragestellung des sogenannten Greenwashings bestimmter Produkte auseinandergesetzt werden, wo Nachhaltigkeit, Regionalität oder Tierwohl deklariert, dies aber nur in ganz kleinen Punkten erfüllt wird. Dies würde dem Verbraucherschutz der heimischen Kunden dienen und den Umwelt – und Ressourcenschutz in den globalen Lieferströmen verbessern.

## **6. Politik gestalten – Engagement organisieren**

Wer Entscheidungen künftig besser in seinem Sinne befördern will, der muss sich politisch auf allen Ebenen von Beginn an einbringen. Dieses Engagement und Wirken erfordern strukturelles, abgestimmtes und vernetztes Arbeiten in vielen Bündnissen und neuen Allianzen sowie eine deutlich strategischere Zusammenarbeit untereinander über persönliche Befindlichkeiten hinweg. Wir sind überzeugt davon, dass uns das gelingen kann und damit eine nachhaltige heimische landwirtschaftliche Produktion mit ökonomischen, sozialen und ökologischen Entwicklungsperspektiven erhalten bleibt.

Für die Zukunft der gesamten landwirtschaftlichen Branche in Deutschland ist das essentiell.

Bauernverband Sachsen-Anhalt e.V.